

# NUN REDEN WIR

Mitteilungen der



## Generationen-Thema Rente – alles sicher und gerecht?

### Der demografische Wandel beschreibt eine Entwicklung – mehr nicht

**A**ngeblich sei die Generation der heutigen Rentnerinnen und Rentner vor allem eines: Reich! Milliarden Euro seien auf Bankkonten oder in Immobilien gewinnbringend angelegt. Eine Expertenmeinung, die unter anderem in politische Entscheidungen mündet, mit dem Ergebnis für die ältere Generation einfach mal die gesetzlich verankerte Rentenanpassung auszusetzen.

Die Menschen werden immer älter. Noch nie seien sie so fit und gesund älter geworden. Eine weitere Expertenmeinung, die politische Entscheidungsträger veranlasst, den heutigen Rentnerinnen und Rentnern den vollen Krankenkassenbeitrag – statt wie einstmalig gesetzlich vereinbart – nur die Hälfte der gesetzlichen Krankenkassenbeiträge abzuziehen.

Wer so spricht, schreibt und handelt, provoziert dann ganz schnell den Begriff »Generationengerechtigkeit« zum Kampfbegriff. Immer mehr ältere Menschen und immer weniger Geburten – der demografische Wandel ist, auch eine Expertenmeinung, allein dafür verantwortlich, dass unsere, auf dem Prinzip der Solidarität basierenden Sozialversicherungssysteme die ihnen gestellten Aufgaben nicht mehr bewältigen können.

All diese Thesen greifen zu kurz. Es ist falsch, in der Diskussion um Rente und Sozialleistungen allgemein nur von den Jungen und den Alten zu sprechen und daraus entsprechende Ansprüche zu formulieren. Vielmehr müssen Pflichten und Ansprüche aller Generationen gesehen werden. Zudem muss der Blick auf die Unterschiede bei den Rentenhöhen zwischen Frauen und Männern gerichtet werden. Das Thema »Solidaritätsprinzip im Rentensystem« finden Sie auf Seite 2.

Der demografische Wandel macht sich nicht erst seit gestern in unserer Gesellschaft bemerkbar. Vor rund vier Jahrzehnten lagen die Zahlen über die Alterung unserer Gesellschaft schon in den Schubladen der Politiker. Es war damals aber politisch nicht opportun, solche unangenehmen Zukunftsaussichten zu diskutieren. Für die Politiker aller Parteien war es einfach bequemer, es so zu lassen, wie es immer war: Die Frau blieb zu Hause und zog (mehrere) Kinder groß. Der Mann brachte das Geld nach Hause. Viele Frauen sind erst wieder ins sozialversicherungspflichtige Erwerbsleben eingestiegen, nachdem »die Kinder aus dem Haus waren«. Entsprechend gering sind die Rentenbezüge dieser Frauen. Interviews auf Seite 6 und 7.

Die aus dem Erwerbsleben ausgeschiedene Generation hat bereits für ihre älteren Menschen die notwendigen Alterssicherungen erbracht. Sie hat für die eigene Rentenversicherung ihren Obolus entrichtet und sie hat eine nachwachsende Generation geboren, aufgezogen und ausgebildet. Diese Älteren geben auch heute viel: Sei es im Ehrenamt, bei der Hilfe in der eigenen Familie, bei Pflegeleistungen, bei der Betreuung der Enkelkinder und vieles andere mehr. Das ehrenamtliche Engagement zeigen wir auf den Seiten 10 und 11 – Berichte aus den kommunalen Seniorenvertretungen.

Weitere wichtige Informationen in dieser Ausgabe sind: Die Pflege von Angehörigen ja – aber nicht um den Preis der eigenen Berufstätigkeit. (Seite 9). Kunst öffnet Augen für die Potenziale des demografischen Wandels (Seite 8). Die Aktivitäten des Vorstands aus den vergangenen Wochen stellen wir Ihnen auf den Seiten 3, 4 und 5 vor. Das Thema Alterdiskriminierung hat die LSV mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe aufgearbeitet. Womit wir wieder beim Schwerpunktthema wären: Wer heute sagt, der demografische Wandel sei ausschließlich schuld, dass die Kassen des Sozialsystems leer sind, der diskriminiert – weil er die Realitäten nicht sehen will, die zur Leerung des Sozialsystems »gesetzliche Rente« geführt haben und weil er Schuldzuweisungen an die ältere Generation richtet.



*Vorstandssitzung bei der LSV NRW von links: Wilhelm Krümpelmann, Ruth Hunecke, Barbara Eifert, Eleonore Köth-Feige, Egon Backes, Gaby Schnell, Hilde Jaeckel, Karin Rohkamm, Dr. Uta Renn und Rolf Kauls. Foto D. Seul*

Die Aktivitäten des Vorstands aus den vergangenen Wochen stellen wir Ihnen auf den Seiten 3, 4 und 5 vor. Das Thema Alterdiskriminierung hat die LSV mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe aufgearbeitet. Womit wir wieder beim Schwerpunktthema wären: Wer heute sagt, der demografische Wandel sei ausschließlich schuld, dass die Kassen des Sozialsystems leer sind, der diskriminiert – weil er die Realitäten nicht sehen will, die zur Leerung des Sozialsystems »gesetzliche Rente« geführt haben und weil er Schuldzuweisungen an die ältere Generation richtet.

Die Aktivitäten des Vorstands aus den vergangenen Wochen stellen wir Ihnen auf den Seiten 3, 4 und 5 vor. Das Thema Alterdiskriminierung hat die LSV mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe aufgearbeitet. Womit wir wieder beim Schwerpunktthema wären: Wer heute sagt, der demografische Wandel sei ausschließlich schuld, dass die Kassen des Sozialsystems leer sind, der diskriminiert – weil er die Realitäten nicht sehen will, die zur Leerung des Sozialsystems »gesetzliche Rente« geführt haben und weil er Schuldzuweisungen an die ältere Generation richtet.

Die Aktivitäten des Vorstands aus den vergangenen Wochen stellen wir Ihnen auf den Seiten 3, 4 und 5 vor. Das Thema Alterdiskriminierung hat die LSV mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe aufgearbeitet. Womit wir wieder beim Schwerpunktthema wären: Wer heute sagt, der demografische Wandel sei ausschließlich schuld, dass die Kassen des Sozialsystems leer sind, der diskriminiert – weil er die Realitäten nicht sehen will, die zur Leerung des Sozialsystems »gesetzliche Rente« geführt haben und weil er Schuldzuweisungen an die ältere Generation richtet.

*Dr. Uta Renn  
Vorsitzende der LSV NRW*

#### Aus dem Inhalt

Hintergrund-Wissen: Ingeborg Heinze	2
LSV aktiv	3 – 4
Interviews:	6 – 7
Thema Kultur	8
Landesstelle Pflegerische Angehörige	9
Aus den Kommunalen Seniorenvertretungen	10 – 11
Die positive Stimme	12
Impressum	12

# Das Märchen von der Solidarität

**D**ie Verfasserin, Ingeborg Heinze, (60), ist Juristin und Diplom-Ökonomin, hat vier Kinder groß gezogen und beschäftigt sich seit fast 30 Jahren mit dem Thema »Mittelbare Diskriminierung im deutschen Rentensystem«.

Jeder Eingriff in das heutige Rentensystem wird von der Politik mit dem Hinweis entschuldigt, dass nur so das solidarische System zu retten sei. Solidarisch war dieses System nur ein einziges Mal, als 1957 das alte System auf das heutige Umlageverfahren umgestellt wurde, um die damaligen Rentner, die nach altem System zu verarmen drohten, an der aufblühenden Wohlstandsgesellschaft teilhaben zu lassen.

Wird dieses Umlageverfahren auf seine solidarischen Grundsätze untersucht – diejenigen, die viel haben geben ab an die, die wenig haben – bleiben nur geringe solidarische Züge. Entsprechend dem sogenannten Äquivalenz-Prinzip bekommen diejenigen doppelte Entgeltpunkte in ihrer Rentenberechnung im Vergleich zu denjenigen gut geschrieben, die als Teilzeitkräfte nur die Hälfte verdient haben – das ist ein reines Versicherungsprinzip und hat nichts mit Solidarität zu tun. Als solidarisch könnten die sogenannten versicherungsfremden Leistungen angesehen werden, die Leistungen, denen keine Beiträge gegenüberstehen, wie zum Beispiel die Hinterbliebenenversorgung oder die Lasten, die das Sozialversicherungssystem durch die Wiedervereinigung zu tragen hat. Vergessen wird dabei, dass heute mehr als 30 Prozent des gesamten Rentenbedarfs aus Steuermitteln bezahlt werden. Von Solidarität kann deshalb keine Rede sein.

Den oft als versicherungsfremd bezeichneten Kindererziehungszeiten stehen im Umlageverfahren die Leistungen der Erziehenden gegenüber, denn ohne Kinder funktioniert dieses

System nicht. Das hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich betont.

Das historisch gewachsene Rentenversicherungssystem wurde in den 50er-Jahren als soziale Absicherung im Alter auf einen Großteil der deutschen Bevölkerung ausgebaut. Entsprechend dem damalig herrschenden Rollenverständnis, auf dem die Rentenversicherung immer noch basiert, musste sichergestellt werden,



Ingeborg Heinze

dass die Witwe des Allein-Ernährers im Alter nicht der »Fürsorge« zur Last fiel. Die Hinterbliebenenversorgung ist somit kein Ausfluss des Solidaritätsgedankens, sondern war systemimmanent eingeplant. Maßstab der Gestaltung des Rentensystems war folgerichtig der alleinverdienende Mann in Vollzeit. Nur so konnte eine Rentenhöhe erreicht werden, bei der ein existenzsichernder Anspruch der Witwe möglich war. Noch verschärft wurde diese »Vollzeit-Mentalität« durch die Einführung des sogenannten »Eckrentners«, der 64 Prozent seines letzten Nettoeinkommens als Rente bekommen soll, wenn er 45 Jahre durchschnittlich (=Vollzeit) erwerbstätig war. Ein Zeitraum, den heutzutage nur wenige Männer erfüllen und junge Männer gar nicht mehr erfüllen können. Aufgrund des Äqui-

valenzprinzips erwerben Frauen, die in Teilzeit arbeiten, zwar Rentenansprüche, doch in einer Höhe, die alleine nicht existenzsichernd sind und nur in Verbindung mit einer Witwenrente das Existenzminimum übersteigen können. Wurde die Ehe geschieden, ist die Altersarmut programmiert, wenn die Frau sich dem Rollendiktat der Gesellschaft unterworfen hat und nicht erwerbstätig war.

Von Solidarität ist auch gegenüber den Frauen keine Rede mehr, die ihre Kinder vor dem Jahr 1992 geboren haben. Bei der einen Frau erhöht sich die Rente um 81 Euro pro Monat, während sich die andere Frau mit nur rund 27 Euro im Monat begnügen muss. Solidarisch sind ausschließlich die Alterssicherungssysteme, in denen es entweder Einheitsrenten gibt, zum Beispiel in den Niederlanden, oder nach oben gedeckelten Renten mit einem Minimumanspruch, wie zum Beispiel in der Schweiz bei nach oben ungedeckelter Bemessungsgrundlage. Es gibt keine Beitragsbemessungsgrenze.

Mit dem Märchen von der Solidarität wurde von der Politik im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften dieses auf Männer-Vollzeit-Einkommen basierende System künstlich aufrecht erhalten. »Doppeltes Einkommen gleich doppelte Rente« – unter diesem Slogan wurde und wird das herrschende System als gerecht dargestellt.

Durch die Grundsicherung wird aus Steuermitteln das bezahlt, was den Betroffenen zum Existenzminimum fehlt. Zu dieser »Solidarität« gehört auch, dass sämtliche »Wohltaten/Rentengeschenke« der Vergangenheit heute ungekürzt weiter erhalten und von denjenigen bezahlt werden, die das Glück haben, noch im Arbeitsprozess zu stehen. Sie aber werden diese Vergünstigungen nicht mehr erhalten (Anrechnung von Schule, Studium etc.).

# LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

## Mitgliederversammlung am 25. April 2007 in Kerpen

Eine wichtige und umfangreiche Tagesordnung gilt es, am Mittwoch, 25. April 2007 (ab 10 Uhr) zu bewältigen. Die Delegierten der kommunalen Seniorenvertretungen aus Nordrhein-Westfalen treffen sich dieses Mal in Kerpen, Erfthalle. Der Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, wird die Veranstaltung eröffnen. Nach den vor-

geschriebenen Regularien wie der Vorstellung des Rechenschaftsberichtes, der Erledigung der Anträge aus 2006, der Berichte von Schatzmeister und Kassenprüfern, sowie der Aussprache und Entlastung des Vorstandes folgen die Wahlen der Vorstandsmitglieder. Zu wählen sind, der oder die Vorsitzende, zwei stellvertretende Vorsitzende, ein/e Schatzmeister/in, eine Schriftführerin oder ein Schrift-

führer sowie vier Beisitzerinnen oder Beisitzer und zwei Kassenprüfer. Nach den Abschiedsworten von Ruth Hunecke, die sich nicht wieder zur Wahl stellen wird und damit als stellvertretende Vorsitzende aus dem Vorstand ausscheidet, werden die Anträge der Delegierten zur Diskussion und Abstimmung gestellt. Die LSV NRW freut sich über eine rege Teilnahme an der Mitgliederversammlung. *Elke Seul*

## Seniorenvertretung Münster ist jetzt Mitglied der Landesseniorenvertretung

Die Landesseniorenvertretung NRW (LSV NRW) zählt 130 Mitglieder, nachdem die Seniorenvertretung Münster sich der LSV NRW angeschlossen hat und der Seniorenrat Münster nicht mehr in der LSV NRW vertreten ist.

Die Seniorenvertretung Münster wurde am 1. Juni 2006 in einer Delegiertenwahl gewählt und hat sich am 12. Juni 2006 konstituiert. Sie vertritt die politischen Interessen der Seniorinnen und Senioren in Münster gegenüber Rat und Verwaltung. In sechs Fachausschüssen des Rates sind die Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit Rede und Antragsrecht vertreten. Mittlerweile seien, so der Vorsitzende der Seniorenvertretung, Heinz Diekel, Anträge positiv beschieden und umgesetzt worden. In der Pflegekonferenz (laut § 5 PflG NW) und in der Gesundheitskonferenz ist die Seniorenvertretung Mitglied mit Stimmrecht. Arbeitskreise unterstützen die Arbeit der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner. Ein wöchentlich erscheinender Informationsdienst sichere die Präsenz in den Printmedien von Münster, so Diekel weiter.

Das Projekt »Anti-Rost Münster-Senioren helfen Senioren« erhielt unter 202 münsterlandweit eingesandten Vorschlägen von den »Westfälischen Nachrichten« einen Preis, der mit 5000 Euro dotiert ist.

Der zuvor in Münster existierende Seniorenrat habe sich, so Diekel, von der finanziellen Unterstützung der Stadt unabhängig gemacht und fordere nun von seinen Mitgliedern einen Jahresbeitrag von 10 €.

## Herzlichen Glückwunsch

Rolf Kauls, Mitglied des Vorstandes der LSV NRW, wurde Ende Februar in Berlin mit elf von 13 Stimmen zum Stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen e. V. (BAG LSV) gewählt. Die BAG LSV setzt sich aus 16 Landesseniorenvertretungen der Bundesländer zusammen. Innerhalb der ersten Mitgliederversammlung dieses Jahres in Berlin, fanden Vorstandswahlen statt. Egon Backes kandidierte nicht mehr für den Vorstand der BAG LSV. Ebenso beendete Herbert Klemens seine Tätigkeit für die BAG LSV mit mahnenden Worten an die MV. Diese müsse, so Klemens, die Vorsitzende Helga Walter künftig stärker unterstützen, insbesondere auch deshalb, da die BAG LSV über keinerlei kontinuierliche Fördermittel verfüge.

Der Schwerpunkt der Arbeit von Rolf Kauls in der BAG LSV wird künftig das Thema »Wohnen im Alter« sein. Der Vorstand der LSV NRW freut sich über die Wahl des sachkundigen Vertreters in der BAG LSV und gratuliert Rolf Kauls herzlich!

## Wege aus der Altersdiskriminierung

### 200 Teilnehmer einer Tagung in Köln

Altersdiskriminierungen finden täglich statt, sie werden aber häufig nicht wahrgenommen. Sie werden unterschätzt oder geleugnet – sogar von betroffenen Menschen selbst. Das Kuratorium Deutsche Altershilfe und die Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen zeigten auf einer vom MGFFI geförderten Tagung in Köln – vor rund 200 Teilnehmern – Senioren-Organisationen, Verbänden und Kommunen Wege aus der Altersdiskriminierung. Vorgestellt und diskutiert wurden Ansätze und Beispiele aus Europa und Nordrhein-Westfalen.

»Eine Gesellschaft sollte es nie akzeptieren, dass eine bestimmte Gruppe aufgrund eines Merkmals diskriminiert wird – aber eine älter werdende Gesellschaft sollte dies erst recht nicht«, sagte Armin Laschet, Minister für Generationen, Familien, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen zum Auftakt der Tagung. Es sei im Interesse der gesamten Gesellschaft, zu neuen Bildern des Alters zu kommen. Wenn die ganze Gesellschaft in 20 Jahren eine wesentlich ältere sei als heute, werde dieses Thema von noch größerer Bedeutung sein, so der Minister. Die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung NRW, Dr. Uta Renn, dankte dem Minister für sein Engagement bezüglich der Bekämpfung von

Altersdiskriminierung. In Nordrhein-Westfalen werde das Thema verstärkt in die öffentliche Diskussion gebracht und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Dies seien wichtige Schritte auf dem Weg zur Anerkennung von Alterspotenzialen statt der Akzeptanz von Altersdiskriminierung. Im Rahmen der Tagung wurde ein Faltblatt (Folder) unter dem Titel »Altersdiskriminierung – und was tun?« vorgestellt. Diese Information im Ta-

schenformat erklärt: »Altersdiskriminierung dürfe sich keine Gesellschaft erlauben. Sie wirkt zerstörerisch auf eine Gesellschaft, in der alle Generationen solidarisch zusammenleben sollen.«

Der Folder (Faltblatt) wurde gemeinsam vom Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) und der Landessenorenvertretung NRW (LSV NRW) mit finanzieller Förderung des NRW-Generationenministeriums erstellt. Das

Faltblatt erläutert konkret, was unter Altersdiskriminierung zu verstehen ist und zeigt Wege auf, sich dagegen zu wehren.

Sowohl die vom NRW-Generationenministerium geförderte Tagung als auch das Faltblatt sind Beiträge Nordrhein-Westfalens zum Europäischen Jahr 2007 der Chancengleichheit für alle.

*Elke Seul*

## ... Themen und Termine ... Themen und Termine ... Themen und Termine ...

### **Balance zwischen alten und neuen Altersbildern**

**D**ie Gestaltung der Lebenswelt älterer Menschen stand im Mittelpunkt einer Fachtagung in Köln, an der Dr. Uta Renn und Gaby Schnell teilnahmen. Auf dem Podium stand Gaby Schnell in einer Gesprächsrunde Rede und Antwort zum Thema Teilhabe alter Menschen.

Veranstaltet wurde die Tagung vom Städte-Netzwerk NRW. Anhand guter Beispiele aus der kommunalen Praxis sollten Ideen und Impulse zur Gestaltung der Lebenswelt von älteren Menschen vermittelt werden. Diskutiert wurden die Chancen intergenerativer Projekte, der Partizipation (=Teilhabe) Älterer in der Stadt, des Gestaltungsfeldes Wohnen bis hin zur Kulturarbeit.

Eine wichtige Frage durchzog die Themenfelder: Wie gewinne ich Ältere zum bürgerschaftlichen Engagement, oder wie kann in der interkulturellen Stadt das Engagement älterer Migrantinnen und Migranten erzielt werden? In einer Schlussrunde wurden Arbeitsaufträge für die Zukunft, auch für das Ministerium, festgehalten. Dabei ging es um das Balance halten zwischen alten und neuen Altersbildern. Auch Konfliktfelder wurden ausgemacht, sowohl zwischen dem alten und neuen Ehrenamt als auch zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen, für die es eine neue gemeinsame Kultur zu entwickeln gilt.

*Dr. Uta Renn*

### **»Die Zukunft des Alters im Ennepe-Ruhr-Kreis – eine kommunale Gestaltungsaufgabe«**

**I**n der von FoGera (Forschungsinstitut für Geragogik) in Witten, organisierten Tagung wurde die LSV NRW von Gaby Schnell vertreten. Die Foren zur Pflege, zum bürgerschaftlichen Engagement/Selbsthilfe und zur Seniorenwirtschaft boten Gelegenheiten, sich auszutauschen und gemeinsam Ansätze zur Gestaltung des Alterungsprozesses in einem Kreis, hier der Ennepe-Ruhr-Kreis, zu entwickeln. Eine Expertenrunde diskutierte Handlungsempfehlungen. Dabei zeigte sich, dass der demografische Wandel, insbesondere für die Kommunen, eine enorme Gestaltungsaufgabe darstellt, die für viele noch immer ausschließlich negative Vorzeichen hat.

*Gaby Schnell*

### **Projekt Wohn- und Betreuungsformen**

**I**n zwei Arbeitsgruppen des Projektes »Wohn- und Betreuungsformen« wird die LSV NRW mitarbeiten. Das Projekt wurde vom Landessenorenrat Baden-Württemberg ins Leben gerufen. Zum einen geht es um »Verbraucherinformationen von Senioren für Senioren zum Thema »Wohn- und Betreuungsformen«. Die andere Arbeitsgruppe befasst mit Informationswegen, um die Verbraucherinfos zu analysieren.

*Elke Seul*

### **Medienkompetenz für Migrantinnen und Migranten**

**S**eit April 2003 ist die LSV NRW am Modellprojekt des Bürgerzentrums Bennohaus in Münster »Senioren: Medien – Migranten – Integration – Partizipation« beteiligt. Das Projekt wurde vom Ministerium für Generationen, Familien, Frauen und Integration des Landes NRW gefördert und nun nach erfolgreicher Durchführung abgeschlossen. Von der LSV NRW nahm an der Abschlusstagung Wilhelm Krümpelmann teil. In zwei Podiumsdiskussionen vertrat er den Standpunkt, dass das Bennohaus vor allem die technischen Voraussetzungen zum Erwerb von Medienkompetenz für die Migrantengruppen in idealer Weise geboten hat. Für die Nachhaltigkeit sei es nun notwendig, so Krümpelmann, dass die Seniorenvertretungen zur Zusammenarbeit mit den Ausländerbeiräten und umgekehrt diese auch mit den Seniorenvertretungen auf kommunaler Ebene bereit seien.

Darüber hinaus vertrat Krümpelmann den Standpunkt, dass interkulturelle Begegnungen geschaffen und gestärkt werden müssten. Die Erkenntnisse des Modellprojektes müssten nun umgesetzt werden. Das bedeute, neue Medien an deutsche Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund heranzutragen. Eine weitere Möglichkeit zur Integration bietet sich durch Bewegung und Sport.

*Wilhelm Krümpelmann*

## Arbeitshilfe für Seniorenvertretungen im ländlichen Raum

Immer wieder wurde aus den Reihen der Mitglieder der Wunsch vorgetragen, eine Unterstützung für die Arbeit im ländlichen Raum zu erhalten. Eine solche Arbeitshilfe liegt nun vor. Sie wurde durch zusätzliche Mittel des Landes ermöglicht. Sie ergänzt die 2005 erschienene Handreichung »Kommunale Seniorenvertretungen – Gründung leicht gemacht«. Barbara Eifert und Dr. Ilona Stehr sind die

Autorinnen der Arbeitshilfe unter Mitwirkung der Vorstandsmitglieder Gabby Schnell und Wilhelm Krümpelmann, dem die Arbeitshilfe ein wichtiges Anliegen war.

In der neuen Broschüre werden Besonderheiten des ländlichen Raumes dargestellt und deren Bedeutung für die Arbeit von Seniorenvertretungen herausgearbeitet. Als besonders positiv ist zu bewerten, dass in einem

Kapitel fünf Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter aus ländlichen Gebieten der fünf Regierungsbezirke mit ihren praktischen Erfahrungen zu Wort kommen. Die Offenheit, mit der sie einen Einblick in die Vielfalt der Arbeit, die Möglichkeiten, Freuden und Schwierigkeiten von ländlichen Seniorenvertretungen geben, wird die Arbeit in Seniorenvertretungen bereichern.  
*Dr. Uta Renn*

## SENIORENVERTRETUNGEN STELLEN SICH VOR

### z. B. Waltrop

Der Seniorenbeirat der Stadt Waltrop wurde 2005 auf Grundlage eines Ratsbeschlusses eingerichtet. Er versteht sich als Interessenvertretung von rund 7500 Waltroperinnen und Waltropern über 60 Jahre und soll ihnen eine bessere Beteiligung am kommunalen Geschehen ermöglichen.

Der Seniorenbeirat (SB) besteht aus 16 Mitgliedern, wobei fünf Mitglieder per Delegierten- und Zufallswahl gewählt oder ausgelost wurden, sechs Mitglieder rekrutieren sich aus den im Rat vertretenen Fraktionen. Die ehrenamtlich tätigen Mitglieder des Seniorenbeirates werden für die Dauer der Wahlzeit des Rates gewählt.

Die konstituierende Sitzung des Seniorenbeirates fand am 1. Dezember 2005 im Rathaus unter Leitung von Bürgermeisterin Heck-Guthe statt. Sie überbrachte ein Grußwort der Verwaltung und unterzog alle Beiräte einer Verpflichtungserklärung. Der Vorstand, bestehend aus dem Vorsitzenden und zwei Stellvertreterinnen und Stellvertretern, wurde gewählt. Darüber hinaus sind Mitglieder als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner für folgende Ausschüsse des Rates gewählt worden:

- Ausschuss Jugend und Soziales
- Ausschuss Handel, Gewerbe – Innenstadt

- Ausschuss Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr

Das Einführungsseminar zum Thema »Aufgaben und Ziele eines Seniorenbeirates« wurde von Barbara Eifert, wissenschaftliche Beraterin der Landesseniorenvertretung NRW (LSV NRW) und Annette Goebel, Altenhilfe-Koordinatorin der Stadt Lünen, moderiert. Diese Veranstaltung vermittelte den Mitgliedern die Grundlagenkenntnisse für einen erfolgreichen Start der Seniorenvertretung.

Die erste öffentliche Sitzung, in der auch die Geschäftsordnung beschlossen wurde, fand am 16. Februar 2006 statt. Um seniorenrelevante Themen ausführlich behandeln zu können, entstanden drei Arbeitskreise:

- ARGE I Leben im Alter
- ARGE II Projekte, Programme, Öffentlichkeitsarbeit
- ARGE III Freizeit, Sport, Kultur, Bildung

Diese Arbeitskreise erhalten Aufgaben vom SB, handeln selbstständig und berichten dem SB, der die Ergebnisse in seiner Sitzung beurteilt und die weiteren Vorgehensweisen entscheidet. Folgende Themen, Aufgaben, Projekte sind bis jetzt aufgegriffen oder umgesetzt worden:

- Infoveranstaltung »Besteuerung von Altersruhegeld oder Renten«

- Seniorenkino – ausgewählte Filme in gemütlicher Atmosphäre bei Kaffee und Gebäck
- Infoveranstaltung »Bezuschussung von Hilfsmitteln durch die Kranken- und Pflegekassen«
- Infoausflug »Fahrt zur Deutschen Gesellschaft für Geronto-Technik (GGT) in Iserlohn«
- Bahnhof Mengede »Beschwerde über Zustand, Reinigung und Instandhaltung des Bahnhofgeländes mit der Aufforderung um Behebung«
- Sitzgelegenheiten im Park »Ist-Aufnahme des Zustandes der Sitzgelegenheiten im Park«
- Zeitung für Seniorinnen und Senioren mit seniorenrelevanten Themen

In 2007 werden neben dem Seniorenkino und Info-Veranstaltungen weitere Angebote folgen. Im Herbst 2007 wird dann wieder eine Senioren-Messe in der Stadthalle in Waltrop stattfinden. Aussteller haben die Möglichkeit, ihre Produkte und Neuheiten über aktives Leben, Wohnen, Freizeit, Gesundheit, Kommunikation für Seniorinnen und Senioren vorzustellen.

*Werner Speckbrock  
Vorsitzender  
Seniorenbeirat der Stadt Waltrop*

## Es geht nicht mehr ohne private Vorsorge

### Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung

Gespräch mit Marianne Saarholz, Landesvorsitzende SoVD NRW

**?** Die Situation für die finanzielle Sicherheit der Rentenzukunft sieht recht düster aus. Schuldzuweisungen, wer wann was versäumt oder falsch gemacht hat, nützen da wenig. Hat der SoVD eine konkrete politische Alternative anzubieten?

**Saarholz:** Was wir brauchen ist die Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung. Ziel ist, die Solidargemeinschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken: In einem ersten Schritt sollen geringfügig Beschäftigte und Selbstständige ohne Pflichtversicherung in die Erwerbstätigenversicherung aufgenommen werden. Ebenso sollen Politiker in die Erwerbstätigenversicherung einbezogen werden. Auf lange Sicht sollen alle Berufstätigen einbezogen werden, also auch Beamte und Freiberufler wie Ärzte, Apotheker, Architekten und Rechtsanwälte. Mit der Erwerbstätigenversicherung legt der SoVD ein zukunftsweisendes Konzept vor, das mehr soziale Sicherheit schafft, die Solidargemeinschaft stärkt und dem Strukturwandel der Arbeitswelt Rechnung trägt. Denn immer weniger Menschen haben heutzutage einen klassischen sozialversicherungspflichtigen Job. Für diesen Personenkreis wächst das Risiko der Altersarmut erheblich.

**?** Rente mit 67 soll – so versichern die Politiker – die Rentenprobleme lösen. Was würde mit der von Ihnen vorgeschlagenen Erwerbstätigenversicherung besser?

**Saarholz:** Die Rente mit 67 ist ein Rentenkürzungsprogramm. Der SoVD lehnt die Rente mit 67 ganz klar ab. Denn die Rente mit 67 verschärft nur bestehende Arbeitsmarktprobleme, anstatt sie zu lösen. Durch längere Arbeitslosigkeit vergrößert sich die Rentenlücke. Ältere Arbeitnehmer haben auf absehbare Zeit schlechte

Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Rente mit 67 bedeutet, dass sie noch länger arbeitslos sein werden, bevor sie mit hohen Abschlägen in



Rente gehen können. Wir befürchten auch, dass die Rente mit 67 zu einem Anstieg der Vorruhestandsarmut führt. Die Rente mit 67 benachteiligt zudem diejenigen, die schwere körperliche Arbeit verrichten. Denn sie haben kaum eine Chance bis zum 67. Lebensjahr zu arbeiten. Die Erwerbstätigenversicherung ist dagegen eine sinnvolle Alternative: Sie ist die Antwort auf den Strukturwandel des Arbeitsmarktes, weil sie zur Verringerung von Rentenlücken beiträgt. Denn sie bezieht ja auch die geringfügig Beschäftigten und die Selbstständigen mit geringem Einkommen ein. Und sie stärkt dagegen das Solidarsystem der gesetzlichen Rentenversicherung.

**?** Wie müsste Ihrer Meinung nach ein Strukturwandel in der Arbeitswelt aussehen, damit immer mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen?

**Saarholz:** Der SoVD fordert, dass die Arbeitsmarktpolitik wieder an den Anforderungen der beitragsfinanzierten Sozialversicherungssysteme ausgerichtet wird. Arbeitsmarktpolitisches Ziel muss der Erhalt und die Schaffung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sein. Wir fordern eine aktive Beschäftigungspolitik. Die Abschaffung der Sozialversicherungsfreiheit bei Beschäftigungsformen wie Mini- oder Ein-Euro-Jobs. Und wir fordern Maßnahmen zur konsequenten Bekämpfung der Niedriglohn- und Schwarzarbeit. *Das Gespräch führte Elke Seul*

### 621 Euro gesetzliche Rente im Monat

Viele ältere Menschen von heute waren während ihres Erwerbslebens oft nicht in der Lage, sich durch eine private Lebensversicherung eine zusätzliche Einnahme für das Alter zu schaffen. Zudem wurde die gesetzliche Rente lange Zeit als ausreichend sicher propagiert. Dennoch, niedrige und unregelmäßige Einzahlungen führen bei einer auf Vollzeitberufstätigkeit ausgerichteten Versicherung zu entsprechend geringen Renten. vor allem Frauen trifft das mit niedrigen Altersrenten.

Gespräch mit Rita Eihoff aus Gladbeck.

**?** Frau Eihoff, Sie sind 72 Jahre und leben seit zehn Jahren im Ruhestand. Wie Sie uns berichtet haben, erhalten Sie eine Rente von von 621 Euro. Wie kann ein Mensch bei heutigen Lebenshaltungskosten mit einem solch geringen Betrag im Monat auskommen?

**Eihoff:** Beim Einkauf bin ich äußerst sparsam und nutze jedes Sonderangebot.

**?** Sie zahlen doch Miete, Nebenkosten, Versicherungen etc. Bleibt noch etwas übrig für Kino, Schuhe oder Kleidung?

**Eihoff:** Schuhe werden solange getragen, bis sie völlig abgenutzt sind. Bei notwendigem Neukauf werden nur Sonderangebote genutzt. Ich gehe gerne ins Seniorenkino vom Seniorenbeirat der Stadt Gladbeck. Da werden gute Filme gezeigt, und der Eintritt kostet nur drei Euro inklusive Kaffee und Kuchen.

**?** Es gibt mit Sicherheit viele ältere Menschen mit sehr geringen Alterseinkünften. Was ist Ihrer Meinung nach von der Politik oder von den Menschen selbst versäumt worden?

**Eihoff:** Die Politik hat versäumt, die Rentenkassen abzusichern und nicht nur durch Nullrunden auf dem vorgegebenen Niveau zu halten. Die Politiker haben uns aber immer gesagt, dass die Rente sicher sei. Wären wir besser über zukünftige Entwicklungen aufgeklärt worden, hätten wir in irgendeiner Weise mehr für unsere finanzielle Altersabsicherung tun können und sicher auch getan. *Das Gespräch führte Rolf Kauls*

## Bei 19 Prozent der Rentnerinnen und Rentner reicht das Geld nicht aus Positionspapier der LAGSO zum Thema gesetzliche Rente

In ihrer ersten Sitzung dieses Jahres haben sich die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft der ehrenamtlichen Seniorenorganisationen (LAGSO):

Bund der Ruhestandsbeamten NRW, DGB Bezirk NRW, GEW Landesverband NRW, LAG Altenpolitik Bündnis 90/Die Grünen, LIBERALEN SENIOREN NRW, Senioren-Union NRW, SPD AG 60 plus NRW, Ver.di NRW und die LSV NRW auf folgendes Positionspapier zum Thema gesetzliche Rente verständigt. Vor dem Hintergrund einer Diskussion um die gesetzliche Rente und der dabei immer wieder geäußerten unrealistischen bis fantasievollen Vorstellungen über die durchschnittliche Höhe der Renten sehen sich die Seniorenorganisationen zu einer solchen Erklärung veranlasst. Die LSV NRW (Wilhelm Krümpelmann) hatte das Papier im Entwurf vorgelegt.

20 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Deutschland sind durch bisher vier Nullrunden und die damit fehlende Dynamisierung der Altersrenten stark verunsichert. Mit dem Gesetz gegen Rentenkürzungen ist die gleichzeitige Einführung eines sogenannten Nachholfaktors geplant. Der Nachholfaktor würde dazu führen, dass ausgefallene Rentenkürzungen »nachgeholt« werden, wenn aufgrund steigender Nettolöhne die Renten wieder erhöht werden müssten; faktisch drohen damit Nullrunden für längere Zeit.

Mehr als 50 Prozent der älteren Menschen - insbesondere Frauen - sind zu Einschränkungen gezwungen, weil vieles durch die Inflationsrate, durch die Mehrbelastungen im Gesundheitsbereich und nunmehr auch durch die Mehrwertsteuererhöhung teurer geworden ist. Es wirkt sich unter anderem bei größeren Anschaffungen, bei Arztbesuchen, beim Kauf von Medikamenten, bei kulturellen Betätigungen, die insgesamt für den Erhalt der Selbstständigkeit älterer Menschen wichtig sind, zum Teil erheblich aus. Eine Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) bestätigt die-

sen Trend: 19 Prozent der Seniorenhaushalte haben einen so eingeschränkten Finanzspielraum, dass »es manchmal vorne und hinten nicht reicht«.

Es kommt hinzu, dass für Betriebsrenten seit der Gesundheitsreform 2004 der volle Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeitrag gezahlt werden muss. Die beiden Sozialverbände SoVD und VdK Deutschland haben inzwischen eine gemeinsame Verfassungsbeschwerde gegen den vollen Krankenversicherungsbeitrag auf laufende Versorgungsbezüge (Betriebsrenten) beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Die beiden Verbände begründen die Verfassungsbeschwerde unter anderem mit einem Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 Grundgesetz). Außerdem wird geltend gemacht, dass der Vertrauensschutz verletzt ist, weil rückwirkend in Vereinbarungen eingegriffen wird.

Darüber hinaus laufen unter dem Aktenzeichen 1 BvR 2137/06 sechs Verfahren von Rentnern, die in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind und eine Betriebsrente oder Versorgungsbezüge aus einer berufsständischen Versicherung beziehen. Zudem sind weitere Verfahren beim Bundessozialgericht wegen der Nullrunden anhängig. Die Erhebung des vollen Krankenkassenbeitrages auf Betriebsrenten führt zu einer durchschnittlichen Kürzung der monatlichen Betriebsrenten von sieben Prozent. Den Krankenkassen fließen dadurch jährlich rund zwei Milliarden EURO zusätzlich zu.

Da die gesetzlichen Altersrenten ohnehin nur rund 60 Prozent der Löhne mit gleichzeitig sinkender Tendenz erreichen, war und ist eine Rentenkürzung völlig unangemessen. Vielmehr ist es notwendig, dass zur Vermeidung eines weiteren Kaufkraftverlustes der Rentnerinnen und Rentner und einer daraus resultierenden steigenden Altersarmut der noch immer in der Diskussion befindliche sogenannte »Nachholfaktor« für angeblich

ausgefallene Rentenkürzungen ohne wenn und aber entfällt.

Es muss darüber hinaus gewährleistet sein, dass bei der Ermittlung des jährlichen Nettolohnzuwachses die höheren Wochenarbeitszeiten ohne Lohnausgleich ebenso außer Betracht bleiben, wie dies zu Recht bei den Ein-Euro-Jobs im Frühjahr 2006 bereits geschehen ist.

Kürzungen der Altersrenten und weitere Nullrunden darf es in Deutschland nicht geben – gerade auch im Interesse nachfolgender Renter/innen-Generationen! Denn diese müssen nicht nur ein immer weiter sinkendes Niveau der gesetzlichen Renten verkraften, sondern haben in der Regel gar nicht mehr die Chance die erforderlichen Beitragsjahre erbringen können.

**J**utta Bülter, 37 Jahre, ist Referentin beim Landesverband freie ambulante Krankenpflege e. V. NRW in Köln.

? *Frau Bülter, Sie sind 37 Jahre alt und Sie sind berufstätig. Zahlen Sie in die gesetzliche Rentenversicherung ein?*

**Bülter:** Ja, weil das vom Gesetz her als Pflichtversicherung so vorgegeben ist.

? *Glauben Sie, dass nach heutigen Berechnungen diese Rente ausreichen wird?*

**Bülter:** Nein, auf gar keinen Fall.

? *Haben Sie selbst zusätzliche private Vorsorge für ihre finanzielle Absicherung im Alter getroffen?*

**Bülter:** Ja, ich habe eine Kapital bringende Lebensversicherung abgeschlossen.

? *Was raten Sie Menschen in Ihrem Alter?*

**Bülter:** Ich rate allen jungen Menschen, auf jeden Fall zusätzliche private Vorsorge zu treffen und sich nicht nur auf die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu verlassen.

*Das Gespräch führte Elke Seul*

## Kunst öffnet Augen für Potenziale des demografischen Wandels

### Fachtagung in Köln »Entfalten statt liften« 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmern

**K**ulturbegeisterte ältere Menschen, Kulturanbieter und Fachvertreter der kulturellen Bildung trafen sich in der Alten Feuerwache in Köln, um Potenziale von Kunst und Kultur im dritten Lebensalter zu diskutieren und live zu erleben. Die Veranstaltung fand statt im Rahmen des NRW-Projektes »MehrKultur55plus« des Remscheider Instituts für Bildung und Kultur.

Der demografische Wandel ist in aller Munde: wir werden älter, weniger, bunter. Längst ist man sich einig, dass er eine gesamtgesellschaftliche Gestaltungsaufgabe ist. Noch wenig erkannt ist: Kunst und Kultur bieten für diese Gestaltungsaufgabe reichhaltiges Potential. Kunst und Kultur setzen Innovationskräfte frei, bieten Experimentierfelder – und zwar auf lustvolle und lebensfrohe Weise. Kulturell aktiv zu werden, ist für Menschen aller Generationen ein Weg zur aktiven Teilhabe an der Gesellschaft. Wie wir zusammenleben ist gestaltbar! Diese Erfahrung motiviert Alt und Jung gleichermaßen und wirkt Gefühlen von Ohnmacht und Fremdbestimmtheit entgegen. Kultur regt Kommunikation an, auch zwischen den Generationen sowie zwischen aktiven und weniger mobilen älteren Menschen.

Das Land NRW hat diese Potentiale erkannt. Dr. Marion Gierden-Jülich, Staatssekretärin im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration, betonte in ihrer Eröffnungsrede, dass das Land das Thema Kultur und Alter in Zukunft weiter fördern und begleiten wolle. Auch die Industrie- und Handelskammern in NRW sähen, so Hauptgeschäftsführer Hans Georg Crone-Erdmann, den großen Bedarf an integrativen gesellschaftlichen Kräften angesichts demografischer Veränderungen und Globalisierung.

»Wir brauchen positive Bilder vom Alter«, so die Kölner Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes.

Die überwältigende Vielfalt von Kulturaktivitäten älterer Menschen, sei es als Kulturvermittler, ältere Künstler oder ehrenamtlicher Mitarbeiter, die während der Tagung zu sehen waren, zeigt, dass Seniorinnen und Senioren weder passiv noch unbeweglich sind – wie viele Clichées glauben machen wollen. Vielmehr sind Ältere ein Motor für die Kulturszene.

Dies wurde besonders in den künstlerischen Beiträgen der Tagung deutlich: Das Altentheater des FWT Köln mit Szenen aus »Alle Tage Sonntag?« begeisterte das Publikum und beeindruckte als Amateurtheater mit seinem hohen künstlerischen Niveau. Sonia Mota, zeigte einen Ausschnitt aus ihrem aktuellen Tanztheaterstück »Vi-Vidas«. Mit 58 Jahren selbst eine ältere Kulturschaffende, berichtete sie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern von ihren Erfahrungen.

Damit dieses Potential sich weiter entfalten kann, braucht es adäquate Angebote, eine größere Offenheit auf allen Seiten: bei Kulturmachern, in der kommunalen Politik, in den Förderstrukturen.

Es gibt reichlich gute Ideen und viel Energie, an Know How, den richtigen Partnern oder an Informationen. Um hier Abhilfe zu schaffen, gründete das Institut für Bildung und Kultur, das die Tagung ausrichtete, kubia. Kubia ist das Europäische Zentrum für Kultur und Bildung im Alter, so der Vorsitzende des IBK, Max Fuchs, und bietet Beratung, Weiterbildung und Vernetzung rund um das Thema Kultur und Alter. Kontakt: Europäisches Zentrum für Bildung und Kultur im Alter  
Institut für Bildung und Kultur  
Küppelstein 34, 42857 Remscheid  
Telefon : 02191.794 294  
[www.ibk-kultur.de/senioren](http://www.ibk-kultur.de/senioren)



Rund 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutierten zum Thema »Kunst und Kultur im dritten Lebensalter. Das Bild zeigt in der ersten Reihe von links nach rechts: Dr. Claus Eppe, die Kölner Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes, Staatssekretärin Dr. Marion Gierden-Jülich, Prof. Dr. Max Fuchs.

### »Sendereihe auf WDR 4«

Termine im April 2007

### »In unserem Alter – Begegnungen und Informationen«

#### 7. April 2007

Wenn die Zeit Wunden heilt. Das Schicksal der Vertreibung wird zunehmend versöhnlich verarbeitet

#### 14. April 2007

Schick in allen Lebenslagen. Mode für Seniorinnen und Senioren

#### 21. April 2007

Mein letzter Wille – Testamente und ihre Tücken

#### 28. April 2007

Gehasst, gedemütigt, verfolgt – und dennoch hier geblieben: Alte Jüdinnen und Juden in Deutschland

Sendezeit jeden Samstag von 8.05 bis 8.55 Uhr auf WDR 4



## Pflege von Angehörigen ja – aber nicht unbedingt um den Preis der eigenen Berufstätigkeit

Viele Angehörige setzen sich mit dem Gedanken auseinander, die Berufstätigkeit zugunsten der Pflege von Angehörigen aufzugeben. Für rund ein Drittel der Frauen und rund 15 Prozent der Männer, hat die Übernahme von Pflegeverpflichtungen bereits jetzt Auswirkungen im Hinblick auf Einschränkung oder Aufgabe der Berufstätigkeit. (Landtag Nordrhein-Westfalen (2005): Situation und Zukunft der Pflege in NRW. Bericht der Enquete-Kommission des Landtags Nordrhein-Westfalen. S. 109.).

Gerade für Menschen der Altersgruppe 50 plus, die die Hauptgruppe der pflegenden Angehörigen stellen, kann es eine fatale Entscheidung sein, aus dem Beruf auszusteigen. Unmittelbare, offensichtliche Folgen wie Wegfall des Gehalts sind vorhersehbar. Nicht vorhersehbar ist allerdings, wie lange die Pflegephase dauern wird. Ist danach ein Wiedereinstieg in den Beruf überhaupt noch möglich? In der Altersgruppe der über 55-Jährigen dürfte es schwierig sein, im Anschluss an die Pflegephase beruflich wieder da anzufangen, wo man aufgehört hat. Deshalb sollte die Entscheidung, die Berufstätigkeit in der Pflegephase aufzugeben, genau überlegt sein.

Was soll man bedenken?

**Berufstätigkeit bedeutet** eine tägliche Auszeit von der Pflege, die man nicht leichtfertig aufgeben sollte. Einige Stunden Distanz zum pflegebedürftigen Angehörigen können bewirken, dass man durch die ständige Bereitschaft und die Pflege nicht ausgebrannt wird. Durch die Berufstätigkeit hat man in der Regel Kontakte und Anregungen über das häusliche, durch Pflege geprägte Umfeld hinaus. Das schützt vor der sozialen Isolation, die eine langjährige Pflegetätigkeit meistens mit sich bringt.

**Berufstätigkeit bedeutet** eine Vergrößerung des Haushaltseinkommens. Externe Hilfen wie zum Beispiel Tagespflege oder zusätzliche

Betreuungsdienste können leichter finanziert werden.

**Berufstätigkeit bedeutet**, dass man in der Krankenversicherung abgesichert ist. Für Ehepartner von Beamten oder privat Versicherten kann die Berufsaufgabe bedeuten, die Kran-



kenversicherung aus Eigenmitteln bestreiten zu müssen, da es für sie die Möglichkeit der Familienversicherung nicht gibt. So können neben dem Verlust des Einkommens noch unabwendbare Kosten entstehen.

**Berufstätigkeit bedeutet** auch die Absicherung über die Arbeitslosenversicherung. Nach Berufsaufgabe ist zwar für pflegende Angehörige die freiwillige Weiterversicherung in der Arbeitslosenversicherung möglich, aber die knapp 16 Euro monatlich müssen privat gezahlt werden.

**Berufstätigkeit bedeutet** die Absicherung in der Rentenversicherung. Gerade Frauen, die in der Regel lückenhafte Erwerbsbiographien haben, sollten diesen Aspekt nicht vernachlässigen, bevor sie wegen Pflegeaufgaben die Arbeitsstelle kündigen. Denn die Rentenversicherungspflicht der Pflegeperson greift erst ab 14 Stunden durchschnittlicher wöchentlicher Pflegezeit und 14 Stunden sind bei Pflegestufe 1 nicht immer gegeben. Außerdem werden die 14 Stunden auch bei höherer Pflegestufe dann nicht immer erreicht, wenn ein Pflegedienst im Einsatz ist. Auch erbringen die Leistungen der

Rentenversicherung für pflegende Angehörige in der Regel nicht das, was eine durchschnittliche Vollzeitätigkeit für die Rente bewirkt. Hinzu kommt das Risiko, nach Ende der Pflegephase keine Anstellung mehr zu finden, was sich wiederum nachteilig auf die zu erwartende Rente auswirkt.

**Berufstätigkeit bedeutet**, dass die Pflegeaufgaben verteilt werden müssen und dadurch nicht ausschließlich bei der Person »hängen bleiben«, die nicht (mehr) erwerbstätig ist. Bleibt man im Beruf, lässt sich die weitere Familie leichter in die Pflegeaufgaben einbeziehen. Es sollte ohnehin selbstverständlich sein, dass sich alle Angehörigen eines pflegebedürftigen Menschen nach Möglichkeit an der Pflege beteiligen. Wer weit entfernt wohnt, kann die Hauptpflegeperson zum Beispiel dadurch entlasten, dass er/sie in der Ferienzeit die Pflegeaufgaben übernimmt. Gerade Frauen sollten sich die Berufsaufgabe sehr gut überlegen und sich nicht die Pflegeaufgabe zuweisen lassen mit dem leider immer noch gebräuchlichen Argument: »Du kannst doch den Beruf aufgeben, Du bist doch durch Deinen Mann versorgt.« *Elke Zeller*

### Broschüre

»Was ist wenn...

### 20 Fragen zum Thema Häusliche Pflege«

Die stark nachgefragte Broschüre ist im Januar in der dritten Auflage erschienen. In die dritte Auflage wurden zwei neue Kapitel aufgenommen. Kapitel 2 befasst sich mit der fremden Welt demenzerkrankter Menschen. In Kapitel 14 wird auf die immer wieder gestellte Frage nach osteuropäischen Haushaltshilfen eingegangen.

Die Broschüre kann bei der Landesstelle Pflegende Angehörige unter Tel. 0800-220 4400 wieder bestellt werden.

## PORTA WESTFALICA

### Alt und Jung am Herd

Liebe geht bekanntlich durch den Magen – ganz altersunabhängig. Die alte Hausfrauenweisheit haben Seniorinnen aus dem Seniorenbeirat Porta-Westfalica in die Tat umgesetzt und rührten gemeinsam mit jungen Menschen aus dem Jugendtreff Möllbergen in Minden in den Töpfen. Was herauskam war ein Mittagessen aus überbackenem Blumenkohl-Auflauf mit Hackfleisch-Unterlage und Salzkartoffeln. Obstsalat als Nachtisch. Gegessen wurde gemeinsam am gedeckten Tisch mit Tischdecken aus Stoff. Und es schmeckte einfach gut. Die Seniorenbeiratsvorsitzende Lilo Heine freute sich über das gelungene Experiment. »Es gibt ein nächstes Mal«, da war sie sich ganz sicher. Denn die praktische Vermittlung von Alltagskultur über ein leckeres Essen kommt immer gut an – generationsübergreifend.

## MINDEN

### »Initiative für geriatrische Abteilung« erfolgreich

Rundum zufrieden waren alle, die zum sechsten Mindener Seniorentag gekommen waren. Rund 500 Seniorinnen und Senioren hatten die Einladung angenommen und sich an einem musikalischen Programm erfreut, das den Geschmack der Gäste traf.

Zufrieden war auch der Vorsitzende des Seniorenbeirates, Dieter Pohl. Er berichtete von einem Gespräch zwischen dem Seniorenbeirat und Landrat Wilhelm Krömer, der ihnen die Einrichtung einer geriatrischen Abteilung im neuen Klinikum zugesichert habe. Vom Land Nordrhein-Westfalen sei ein Feststellungsbescheid ergangen. Die stellvertretende Vorsitzende der Landesseniorenvertretung NRW, Ruth Hunecke, dankte Ulrike Kaiser von der Stadt Minden, die sich seit Jahren engagiert um die Belange der Seniorinnen und Senioren kümmere.

## IBBENBÜREN

### Heinrich Jessing neuer stellvertretender Vorsitzender

Da die jüngste Sitzung des Seniorenbeirates im Hause der AOK stattfand, nutzten die Mitglieder die Gelegenheit, sich von Experten über die Gesundheitsreform informieren zu lassen, vor allem über die Auswirkungen der Reform auf die Situation der Rentner. Das Interesse der Mitglieder des Seniorenbeirates war groß, so dass der Experte der AOK, Fehr, die einzelnen Bereiche – zum Beispiel geriatrische Rehabilitation als Pflichtleistung, empfohlene Impfungen, vereinfachtes Honorarsystem bei ärztlichen Leistungen, nur ansprechen und nicht vollständig informieren konnte.

Da Franz Jarminowski durch Wohnortwechsel die Funktion des stellvertretenden Beiratsvorsitzenden nicht mehr ausüben kann, wurde an seine Stelle Heinrich Jessing gewählt.

Neu im Seniorenbeirat ist auch Ursula Dierkes vom Caritas-Altenwohnhaus, Stellvertreterin ist Marie-Luise Hohenhaus, da ihre Vorgängerinnen Frau Brügggen und Frau Manthey ausgeschieden sind.

Bisher musste der Rat der Stadt Ibbenbüren über die Aufnahme in den Seniorenbeirat entscheiden. Inzwischen hat der Rat beschlossen, das bei erforderlichen Nachbesetzungen die Zustimmung des Rates nicht erforderlich ist, wenn der Seniorenbeirat mit den vom entsendenden Verband vorgeschlagenen Nachfolgerinnen und Nachfolgern einverstanden ist.

Elke Seul

## MESCHEDE

### Arbeitskreis Kultur

#### »Gutes für Leib und Seele«

Fünf Mitglieder des Seniorenbeirates Meschede (Hochsauerlandkreis) haben sich Anfang 2006 zusammengefunden, um Seniorinnen und Senioren in Meschede und Umgebung unter dem Titel »Gutes für Leib und Seele« mehrfach im Jahr ein »Seniorencafé mit Unterhaltung« anzubieten.

Die ersten Erfahrungen zeigen, dass das Angebot überaus positiv angenommen wird. Die bisherigen vier Veranstaltungen wurden teilweise von bis zu 100 Seniorinnen und Senioren besucht, in der Spitze (bei einem Konzert heimischer Musiker in der Kirche der Benediktinerabtei) waren es sogar mehr als 200 Besucherinnen und Besucher.

Möglich wurde dies durch die Zusammenarbeit mit der Benediktinerabtei Meschede, die für das Raumangebot und die Speisen verantwortlich zeichnete und dabei auch die Möglichkeit der Teilnahme von behinderten Seniorinnen und Senioren erschlossen. Ebenso kooperativ zeigte sich die Kreismusikschule Meschede, die zwei Nachmittage musikalisch umrahmt hatte. Anfangs war der Vorstand des Seniorenbeirates zurückhaltend eingestellt, da in der Satzung solche Aktivitäten nicht vorgesehen sind. In der Zwischenzeit ist der Arbeitskreis »Kultur« zu einem anerkannten Bestandteil des Seniorenbeirates geworden. Auch die Stadtverwaltung honoriert diese Aktion. Sie hat Mitglieder der Organisatoren als Vertretung des Seniorenbeirates in ihren Arbeitskreis Kultur berufen.

*Junge Menschen musizieren für Ältere. Das Bild zeigt einen Schnappschuss aus dem Seniorencafé in Meschede.*



## GLADBECK

### Ausstellung »Bewegte Senioren«

#### Gladbecks Ältere – seit 30 Jahren sportlich und aktiv

Viele Besucher kamen zur Auftaktveranstaltung und die Ausstellung »Bewegte Senioren«, es waren sportlich aktive Gäste und Experten in der Riesener Halle zu Gast. Da wurde wieder einmal deutlich, wie intensiv die Stadt Gladbeck in Zusammenarbeit mit dem Stadt-Sport-Verband und dem Seniorenbeirat die richtigen und sinnvollen Sportarten für ältere Menschen anbietet. Um so mehr bietet es sich an, gerade in Gladbeck den Sport der Älteren modellhaft weiter zu entwickeln – mit dem Ziel umfassender, ganzheitlicher, nachhaltiger Zukunftswirkung.

Zukunft gestalten – aktiv und gesund älter werden in Nordrhein-Westfalen – ist eine gemeinsame Schwerpunkttätigkeit des Landes, des Landessportbundes und der Landesseniorenvertretung NRW.

Die Ausstellung »Bewegte Senioren« informierte über die positiven Auswirkungen von regelmäßigen sportlichen Aktivitäten vor allem für ältere Menschen. Darüber hinaus war es ein Anliegen der Ausstellung, das Bewusstsein für die Wichtigkeit sportlicher Tätigkeiten für Ältere in Politik und Gesellschaft zu entwickeln.

Die Zusammenarbeit aller für den Sport, Gesundheit und Seniorenbeirat zuständigen Organisationen soll optimiert werden. Es gilt die Kompetenz der Sportvereine zu stärken, Übungsleiterinnen und Übungsleiter zu gewinnen und zu qualifizieren, sowie das vorhandene Angebot quantitativ und qualitativ auszubauen.

*Rolf Kauls*

## GÜTERSLOH

### 2006 – arbeitsreich und erfolgreich

Der Seniorenbeirat hat im Jahre 2006 mit seinen 17 Mitgliedern sechs Sitzungen und eine Klausurtagung veranstaltet. Darüber hinaus waren die drei Arbeitsgruppen Wohnen im Alter, Pflege (Leitung: Sigrud Costabel), Verkehr, Sicherheit, Bewegung, Sport, Altersbildung, Kultur (Leitung: Jürgen Jentsch), Demografischer Wandel, Öffentlichkeitsarbeit (Leitung: Konrad Bastian) sehr aktiv.

Sigrud Costabel hat etliche Besuche in den Gütersloher Alten- und Pflegeheimen gemacht und intensive Gespräche über die Pflegequalität geführt. Dazu kamen Referate in den Beiratsitzungen über die in der Planung befindlichen Altenwohnungen in Gütersloh. Fachvorträge über Hospiz-Bewegung und ambulante Pflegedienste und über den Medizinischen Dienst der Krankenkassen, Pflegeeinstufung, wurden angeboten. Zum neunten Mal fand der jährliche Nachmittag für pflegende Angehörige in Gütersloh gemeinsam mit der »Stadt-Stiftung« statt.

Seit kurzem liegt nun auch wieder eine neue, aktualisierte Broschüre »Wohnen im Alter in Gütersloh« vor, die kostenlos im Rathaus beim Fachbereich Soziale Hilfen erhältlich ist.

Die AG »Verkehr, Sicherheit, Bewegung, Sport, Altersbildung und Kultur« hat die Priorität in der Veranstaltung von Verkehrs- und Sicherheits-Seminaren für die älteren Autofahrerinnen und Autofahrer gesetzt. Mit dem Kommissariat Vorbeugung der Kreispolizeibehörde Gütersloh wurden Info-Seminare veranstaltet, sowie Fahrtrainings angeboten.

Bewegung und Sport als Prävention für ältere Menschen: Ziel war in Zusammenarbeit mit Gütersloher Sportvereinen und durch eine enge Zusammenarbeit mit dem Stadtsportverband und dem Kreissportbund die gemeinsame Schwerpunkttätigkeit »Zukunft gestalten – aktiv

und gesund älter werden in Nordrhein-Westfalen« des Landesinnenministeriums, des Landessportbundes NRW und der Landesseniorenvertretung NRW die Sportvereine und die Wohlfahrtsverbände bei ihren Bewegungs- und Sportangeboten für ältere Bürgerinnen und Bürger in Gütersloh zu unterstützen und die Beteiligung daran zu erhöhen.

Es geht vor allem darum, lange gesund, aktiv und selbstständig zu bleiben. Gleichzeitig bedeutet Sport in den Vereinen nicht nur Bewegung, sondern auch soziales Miteinander und Geselligkeit.

Die Fahrkarten-Automaten im Bahnhof Gütersloh und deren Bedienung gaben mehrfach Anlass zu Diskussionen. Nachdem zunächst zwei Experten der Deutschen Bahn AG dem Seniorenbeirat die Handhabung in einer power-point-Präsentation erläuterten, kam es auch zu zwei praktischen Vorführungen im Bahnhofsgebäude durch Mitarbeiter der DB.

Das neue Theaterhaus stand gleichfalls auf der Tagesordnung des Seniorenbeirates. Nicht zuletzt die Tatsache, dass insbesondere die älteren Menschen die Theatervorstellungen in Gütersloh besuchen, war Anlass, einen einstimmigen Empfehlungsbeschluss für einen Theaterneubau zu fassen und an den Kulturausschuss weiter zu geben.

Die AG »Demografischer Wandel, Öffentlichkeitsarbeit« hat sich mit einem Info-Stand des Seniorenbeirates an der »Bürgermeile« in Gütersloh und mit einem kleinen, aber informativen Messestand an der GÜWA 2006 beteiligt. Die Gütersloher Tageszeitungen berichteten oft über die Veranstaltungen des Seniorenbeirates.

#### Ausblick 2007

In einer Klausur-Sitzung werden sich die Mitglieder mit den Ergebnissen der im Vorjahr gesetzten Schwerpunkte befassen. Neue Projekte und Veranstaltungen werden vorbereitet.

*Wilhelm Krümpelmann  
Vorsitzender des Seniorenbeirates  
der Stadt Gütersloh*

## Deutsch ist eine beliebte Sprache...

Immer wieder einmal wird über die vielen englischen Wörter und Redewendungen in der deutschen Alltagssprache und in den Medien geklagt. Dabei kann die Verbreitung der englischen Sprache in Anbetracht der Globalisierung eigentlich nicht überraschen. Gut zu wissen ist es, dass manches, das zum Beispiel als scheinbar uramerikanisch erscheint, eigentlich sprachlich deutschen Ursprungs ist. Zum Beispiel das Wort »okay«. Es stammt ursprünglich von der Redewendung »ohne Korrektur«, abgekürzt als »o. K.« ab. Daraus wurde das Wort »okay« – weltweit in sprachlichem Gebrauch! Das kleine Beispiel zeigt, auch deutsche Wörter wandern aus und finden in anderen Sprachen Platz. Viele weitere Beispiele ließen sich aufzählen, darunter das deutsche Wort »Kindergarten«. Es hat in zahlreichen anderen Sprachen Eingang gefunden. Über solche Wanderungen von Wörtern weiß der Deutsche Sprachrat unter Vorsitz von Prof. Dr. Jutta Limbach Auskunft zu erteilen. Der Sprachrat sieht es als seine Aufgabe an, die Sprachkultur im Inland sowie die Stellung der deutschen Sprache im Ausland zu fördern. Dies will er durch Sprachkultivierung im Sinne von Information und Aufklärung über Sprache und vermehrter Diskussion sprachlicher Themen erreichen. Der Deutsche Sprachrat sucht hierbei die Zusammenarbeit mit Institutionen und Organisationen für die deutsche Sprache im In- und Ausland, um eine bessere Vermittlung und Umsetzung von Wissen über die deutsche Sprache und über Sprache allgemein zu bewirken. Einen von unterschiedlichen Organisationen und einzelnen Personen in den vergangenen Jahren immer wieder geforderten gesetzlichen Schutz der deutschen Sprache, vergleichbar mit den Sprachgesetzen in Frankreich und

## DIE POSITIVE STIMME

### Warum finden Sie Seniorenvertretungen gut?

#### Ulrich Roland, Bürgermeister von Gladbeck

Der wichtigste Grund, warum ich Seniorenvertretungen außerordentlich schätze ist: Die Mitglieder des Seniorenbeirates sind seit 25 Jahren kritische und faire Begleiter der Gladbecker Stadtpolitik. Sie mischen sich ein, halten mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berg, sprechen, wie wir es im Ruhrgebiet sagen, »klare Kante«. Besonders sympathisch an der Arbeit des Seniorenbeirates ist auch, dass er sich für ein Miteinander von Jung und Alt in unserer Stadt einsetzt.

*Bürgermeister Ulrich Roland*



Polen lehnt der Deutsche Sprachrat ab. Er betrachtet gesetzliche Schutzbestimmungen als ungeeignet für die Förderung einer positiven Weiterentwicklung der deutschen Sprache. Er setzt auf Aufklärung, Sprachkritik, Diskussion.

2006 schrieb der Deutsche Sprachrat eine internationale Ausschreibung unter dem Titel »Wörterwanderung« aus. Insgesamt wurden mehr als 6.000 Wörter deutschen Ursprungs, die in alle Welt »ausgewandert« sind und in anderen Sprachen Aufnahme und eine neue Heimstatt gefunden haben, eingegandt. Die Einsendungen kamen aus über 70 Ländern oder Sprachräumen. Gewonnen hat die Ausschreibung eine Deutsche mit dem Wort »Kaffeapaussi« (finnisch für Pause, außer Betrieb). Sie fand das Wort auf der Anzeigetafel eines finnischen Busses dessen Fahrer gerade Pause machte...

Unter dem Titel »Ausgewanderte Wörter« ist eine Publikation beim Max Hue-

ber Verlag, Ismaning, erschienen. Übrigens: Verliehen wurde der Preis (eine Kulturreise nach Berlin) im Rahmen einer Veranstaltung, die den Startschuss für das Integrationsprojekt des Ausländerbeirates »Besser verstehen, besser integrieren. Deutsch- und Sprachenlernen in München« gab.

Praxistipp: Als kommunale Seniorenvertretung lässt sich das Thema »Deutsche Sprache« zum Beispiel generationsübergreifend (Wie wäre es mit einer Veranstaltung unter dem Motto: »Deutsche Sprache gestern und heute – wir sind im Gespräch«) aufgreifen. Die Möglichkeiten sind vielfältig, so wie die deutsche Sprache selbst.

Infos: [www.deutscher-sprachrat.de](http://www.deutscher-sprachrat.de)  
Deutscher Sprachrat GbR  
c/o Goethe-Institut e.V.  
Dachauer Straße 122, 80637 München  
Telefon: +49-(0)89-15921-0  
Fax: +49-(0)89-15921-450  
E-Mail: [deutscher\\_sprachrat@goethe.de](mailto:deutscher_sprachrat@goethe.de)

*Barbara Eifert*

#### IMPRESSUM:

**NUN REDEN WIR** ist eine unabhängige, überparteiliche und konfessionell nicht gebundene Zeitung.

**Herausgeber:** Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V., Gasselstiege 13, 48159 Münster, Telefon 02 51 / 21 20 50, Fax 02 51 / 2 00 66 13

Internet: [www.lsv-nrw.de](http://www.lsv-nrw.de) E-Mail: [info@lsv-nrw.de](mailto:info@lsv-nrw.de)

Gefördert mit Mitteln des Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.

**Satz und Druck:** Darpe Industriedruck, Beelener Str. 37, 48231 Warendorf · Auflage 3000

**V.i.S.d.P.:** Dr. Uta Renn

**Redaktionsteam:**

Elke Seul (fdS), Eleonore Köth-Feige, Rolf Kauls, Karin Rohkamm, Barbara Eifert (wiss. Beratung und Mitarbeit)

Die Redaktion behält sich Änderungen und Kürzungen vor.

Erscheinungsweise: viermal im Jahr

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder, nicht immer die der Redaktion.

**Die nächste Ausgabe erscheint im Juni 2007.**

Thema: »Aktives Altern«

**Redaktionsschluss: 15. Mai 2007**